



Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Probstei (AMTPR/HA/03/2012)
vom 10.12.2012

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hagen Klindt

Mitglieder

Herr Hans-Hugo Arp

Herr Martin Doepner

Herr Matthias Gnauck

Herr Wolf Mönkemeier

Vertretung für Frau Margrit Lüneburg

Frau Karin Nickenig

Herr Markus Sinjen

ab 19:15 Uhr

Herr Dieter Winkler

von der Verwaltung

Herr Sönke Körber

Amtsleiter

Gäste

Herr Peter Dieterich

Amtsausschussmitglied

Herr Jörn Husen

Amtsausschussmitglied

Herr Wilfried Zurstraßen

Amtsausschussmitglied

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Herr Jürgen Cordts

Frau Margrit Lüneburg

Frau Heike Mews

Frau Ulrike Mordhorst

Herr Otto Steffen

Beginn: 19:00 Uhr

Ende 20:25 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung über die in nichtöffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte
3. Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 06.09.2012
4. Bericht der Verwaltung
5. Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan und Haushaltssatzung nebst Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013
6. Bekanntgaben und Anfragen

AMTPR/BV/063/2012

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Amtsvorsteher Klindt, eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Hauptausschussmitglieder und die Gäste. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TO-Punkt 2: Beschlussfassung über die in nichtöffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, den TOP 7 nichtöffentlich zu behandeln. Daher wird die Tagesordnung wie vorgesehen verhandelt.

TO-Punkt 3: Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 06.09.2012

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht vorgetragen.

TO-Punkt 4: Bericht der Verwaltung

4.1

Herr Amtsdirektor Körber berichtet zum Thema „Breitbandausbau“, dass bis auf eine Gemeinde sich bislang alle Gemeindevertretungen mit dieser Thematik beschäftigt haben. Das Land habe einen Wettbewerb für die Fördermittel ausgerufen. Die Frist für den Wettbewerb laufe am 28.02.2013 ab. Vorher könne daher auch kein Förderbescheid ergehen. Das Land habe aber bereits signalisiert, dass die Chancen hierfür gut stehen. Die Amtsverwaltung arbeitet daher bereits jetzt vor. Im Amtsausschuss im 1. Quartal werde man über die Auftragsvergabe entscheiden können.

4.2

Herr Amtsdirektor Körber berichtet ferner, dass derzeit die Abrechnung der Verwaltungskostenbeiträge aktualisiert werde. Er verweist hierzu auf den Beschluss im letzten Amtsausschuss.

4.3

Herr Amtsdirektor Körber spricht das Thema „Spielplätze“ an und weist darauf hin, dass Zuschüsse aus der AktivRegion häufig daran scheitern, dass die Gemeinden nicht die Mindestsumme in Höhe von 15.000 € erreichen. Er rege daher an, dass die Gemeinden, die Interesse an einer Förderung haben, auf ihn zukommen, um die Bedarfe zu bündeln und ggf. einen gemeinsamen Antrag stellen zu können.

4.4

Herr Amtsdirektor Körber verweist auf die Problemlagen, die es in der letzten Zeit mit der Zustellung von Gremienunterlagen durch die Firma NordBrief gegeben habe. Er habe anhand des Aufkommens des Jahres 2012 einmal einen Preisvergleich angestellt. Danach liegt die Firma NordBrief bei 45.000 € pro Jahr. Ein vergleichbares Aufkommen bei der Post hätte 55.000 € gekostet. Ein Großbrief, mit dem Sitzungseinladungen verschickt werden, kostet bei der Firma NordBrief 1,12 € und bei der Post 1,45 €. Bei dem hochgerechneten Sitzungsaufkommen läge man bei einem Verschicken der Sitzungsunterlagen durch die Deutsche Post etwa 1.500 € teurer als durch die Firma NordBrief. Auch wenn es dahingestellt sei, ob die Post in der Zustellung wirklich besser sei als die Firma NordBrief, schlägt er vor, dies im nächsten Jahr für den Bereich der Gremienunterlagen zu erproben, um dann eine abschließende Entscheidung treffen zu können.

Die Hauptausschussmitglieder sprechen sich nach kurzer Diskussion dafür aus, die Angelegenheit ein halbes Jahr lang auszuprobieren. Herr Amtsdirektor Körber bittet um entsprechende Rückmeldungen der Bürgermeister während der Testphase.

Herr Bürgermeister Sinjen betritt um 19.15 Uhr den Sitzungssaal.

4.5

Herr Bürgermeister Gnauck spricht die Abrechnung der Bürgermeisteraufwandsentschädigungen an. Die Bürgermeister erhalten jeden Monat eine Abrechnung. Seiner Meinung nach reiche es aus eine Abrechnung dann zu erhalten, wenn sich etwas verändert.

Herr Amtsdirektor Körber weist darauf hin, dass Herr des Verfahrens der Kreis ist. Das Amt habe insoweit grundsätzlich keinen administrativen Einfluss, gleichwohl werde man hier beim Kreis noch einmal nachhaken.

TO-Punkt 5: Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan und Haushaltssatzung nebst Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: AMTPR/BV/063/2012

Herr Amtsvorsteher Klindt führt in die Thematik ein. Das GPA habe dem Amt Probstei attestiert, dass man im Personal- und Sachkostenbereich gut dastehe. Er berichtet kurz über die Abschlussbesprechung zum Bericht der Ordnungsprüfung, der dem Amt in Kürze zugehen wird. Herr Amtsvorsteher Klindt erläutert anschließend die Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfes.

Herr Bürgermeister Zurstraßen spricht die gestiegenen Beihilfekosten an. Für ihn stelle sich die Frage der Verteilung. Er verweist hierzu auch auf die seinerzeitigen Vertragsverhandlungen, bei denen man von der Annahme ausgegangen war, dass Einsparungen erzielt werden und Synergieeffekte entstehen. Man habe daher die entsprechende Regelung im Fusions-

vertrag als Interessenausgleich zur Verteilung der Synergieeffekte getroffen. Jetzt sei aber eine andere Situation eingetreten. Es sind keine Einsparungen, sondern Kosten zu verteilen. Da man auch hierfür die Regelung, die seinerzeit zur Verteilung von Einsparungen entwickelt worden ist, angewendet habe, hatte die Gemeinde Schönberg bereits im letzten Jahr um ein Gespräch der Vertragspartner gebeten, um hier zu einem sachgerechten Interessenausgleich zu kommen. Man sei auch zu einem Kompromiss gekommen. Auch bei den gestiegenen Beihilfekosten handelt es sich um besondere Belastungen, die seiner Auffassung nach soweit als möglich aus der Rücklage bezahlt werden sollen. Es stelle sich die Frage, warum Mittel aus der Rücklage für Sachkosten und nicht hierfür eingesetzt worden sind. Seine Bitte sei zu schauen, welchen Weg man gehen könne, um solche außergewöhnlichen Belastungen relativieren zu können. Er nennt einige Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere geht er auf die Möglichkeit der Verschiebung des Zahlungszeitpunktes für die Vergütungen ein.

Herr Amtsdirektor Körber berichtet, dass diese buchhalterische Gestaltungsmöglichkeit bereits in diesem Haushalt zu 2/3 eingerechnet worden sei. Ein weiteres Drittel habe man sich für 2014 aufgespart. Er erläutert ausführlich die Kosten in Höhe von 300.000 €, die sich zusammensetzen aus 78.000 € Tarifsteigerungen, 43.000 € Solidarumlage, 60.000 € Altersteilzeitkosten und 121.000 € Beihilfekosten. Durch die Verschiebung des Zahlungszeitpunktes erkläre sich die Differenz von 300.000 € zu 140.000 €. Zu der Frage der Rücklagenentnahme erläutert Herr Amtsdirektor Körber, dass ein bereits beschlossener Nachtrag 2012 vorliege. Danach sind keine Mittel in der Rücklage mehr vorhanden. Eine Korrektur könne daher nur im Zuge der Jahresrechnung und dann im Zuge eines Nachtrags 2013 vorgenommen werden. Herr Amtsdirektor Körber stellt abschließend noch einmal den seinerzeit getroffenen Kompromiss dar. Dieser sei 1 : 1 umgesetzt worden. Er verweist hierzu auf Seite 9 der Vorlage.

Herr Amtsvorsteher Klindt verweist seinerseits auf den geschlossenen Kompromiss. Alles was jetzt hieran verändert werde, führe dazu, dass Schönberg entlastet und die übrigen Gemeinden belastet werden.

Herr Amtsdirektor Körber weist ergänzend darauf hin, dass alles, was in dieser Angelegenheit getan werde, lediglich buchhalterisch ist. Denn die Ausgaben sind da. Die Frage ist, wie man sich refinanzieren. Entweder durch eine erhöhte Amtsumlage oder durch die Entnahme aus der Rücklage oder indem man ein Defizit fährt.

Herr Bürgermeister Zurstraßen weist darauf hin, dass es ihm nicht darum gehe, ein Defizit zu fahren. Dies sei für ihn keine Alternative. Eine Alternative sei für ihn eine Entlastungswirkung durch eine andere Verteilung zu erreichen. Er möchte lediglich nachdrücklich darum bitten, dass die ganze Angelegenheit noch einmal auf den Prüfstand gestellt wird. Denn Basis sei eine Regelung, die eigentlich für die Verteilung von Einsparungen getroffen worden ist. Hier gehe es jedoch um die Verteilung von zusätzlichen Kosten. Seine Bitte sei daher, sich hierzu noch einmal an einen Tisch zu setzen.

Herr Amtsvorsteher Klindt erklärt, dass man dies sicherlich tun könne, an diesem Haushaltsentwurf ändere sich jedoch seiner Auffassung nach zunächst einmal nichts. Er verweist auf die Gesamtübersicht auf Seite 8 und geht im Anschluss daran die einzelnen Seiten des Haushaltsentwurfes durch.

Herr Amtsdirektor Körber und Herr Amtsvorsteher Klindt beantworten die einzelnen Fragen der Hauptausschussmitglieder zu dem Zahlenwerk.

Auf einen entsprechenden Hinweis von Herrn Bürgermeister Dieterich wird die Übersicht auf Seite 17 überarbeitet.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert schließlich den Stellenplan. Dieser entspreche 1 : 1 den vorgelegten Nachtragsstellenplan mit Ausnahme der Stellen für den TVP, die zwischenzeitlich nicht mehr zum Amtspersonal gehören.

Hauptausschussmitglied Herr Winkler erklärt, dass es in diesem vorgelegten Haushalt für die Gemeinde Schönberg noch einige klärungsbedürftige Fragen gebe. Er habe den Haushalt auch erst Samstagmittag erhalten, so dass er sich nicht ausführlich damit beschäftigen konnte. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönberg habe kein Verständnis dafür, dass eine Regelung, die seinerzeit für die Verteilung von Synergieeffekten vereinbart worden ist, jetzt für die Verteilung von Kosten angewendet wird. Seiner Auffassung nach gebe es keine negativen Synergieeffekte. Diese Wortschöpfung sei ein Widerspruch in sich, denn Synergien sind immer positiv. Er werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss: Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, dem vorliegenden Haushaltsplan nebst Stellenplan sowie der Haushaltssatzung des Amtes Probstei für das Haushaltsjahr 2013 zuzustimmen.

Stimmberechtigte:	8		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 6: Bekanntgaben und Anfragen

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Gez.
Hagen Klindt
- Vorsitzender -

Gez.
Angela Grulich
- Protokollführerin -

gesehen:
Gez.
Sönke Körber
- Amtsdirektor -